Morgen-Ausgabe
No. 95. — 57. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Beiblatt
Freitag, 26. Februar 1909

In einer Morgen-Ausgabe und einer Abend-Ausgabe

also zweimal täglich gelangt die **„Berliner Volks-Zeitung“** in die Hände ihrer Abonnenten. Dadurch ist sie in der günstigen Lage, ihre Leser über alle Begebenheiten rascher zu informieren, als dies bei einmal täglich erscheinenden Blättern möglich ist. **Neu hinzutretende Abonnenten** auf die „Berliner Volks-Zeitung“ machen wir darauf aufmerksam, daß unsere Botenfrauen und die am Kopfe des Blattes ersichtlichen Filialen schon jetzt Bestellungen **für den Monat März** entgegennehmen. Die „Berliner Volks-Zeitung“ kostet in Groß-Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung frei ins Haus 75 Pfennig. Außerhalb Berlins abonniert man bei allen Postanstalten Deutschlands zum Preise von 80 Pfg. monatlich.

Den Potsdamer Forst,

der seit der Erbauung des „Prinz Friedrich Leopold-Kanals“ zu einer vollständigen Insel zwischen Havel, Wannsee, Kleinem Wannsee, Pohle-See, Stolper Loch und Griebnitzsee geworden ist, und der sich durch ein besonders abwechselungsreiches, hügeliges Gelände auszeichnet, wollen wir am nächsten Sonntag, wenn dieser hartnäckige Winter mit seinen zahlreichen Wechselfällen es erlaubt, durch- und umwandern.

Wannsee, mit Wannsee- und Stadtbahn gleich leicht erreichbar, ist der beste Ausgangspunkt für den kleinen Ausflug. Wir gehen vom Bahnhof westlich der Bahn auf dem bekannten Wege über die Friedrich Wilhelmbrücke (rechts schöner Blick auf die gewaltige Fläche des Wannsees und die Havel) in die Königstraße; weiter links durch Gestraße, Kleine Gestraße und Alsenstraße in einer halben Stunde nach dem alten Dorfe Stolpe, das jetzt einen Teil der Gemeinde Wannsee bildet. Vor der hochgelegenen, von Friedrich Wilhelm IV. erbauten eigenartigen Kirche wenden wir uns links in die Kohlhasenbrücker Straße. Von der Brücke genießen wir nach beiden Seiten schöne Bilder: rechts über den waldumsäumten Pohle-See und kleinen Wannsee mit villenbesetzten Ufern, links über das Stolper Loch auf die dahinter aufsteigenden Tonnenberge. Nach 15 Minuten führt rechts ein Fahrweg zur Brücke über den Kanal; besonders malerisch wirkt von hier Stolpe mit den es rings umgebenden Höhengügen. Wir steigen nun, uns erst ein ganz klein wenig halbrechts wendend, auf Gestell Q in westlicher Richtung durch den Wald den Tannenberg hinan; unterwegs haben wir hübsche Rückblicke. Von der Höhe des Plateaus bietet sich ein beschränkter, aber hübscher Blick nach Norden auf die geschweifte Linie der Stolper Berge zwischen der Berlin-Potsdamer Chaussee und der Havel. Nach einer halben Stunde sind wir hinabgestiegen zum Griebnitzsee, von dessen jenseitigem Ufer die Neu-Babelsberger Villen herüberwinken. In 20 Minuten haben wir rechts auf dem schönen Uferwege am Fuße des hohen, zum Teil mit Buchen bestandenen hohen Ufers, vorbei an stattlichen neuen Villen auf dem ehemaligen v. Witzlebenschen Terrain, Klein-Glienicke erreicht.

Hinter der ersten Brücke schwenken wir rechts in die Kurfürstenstraße hinein; dann weiter durch die Parkstraße zur Potsdamer Chaussee und auf dieser links zur neuen Glienicker Brücke in fünfzehn Minuten. Nun wieder in zwanzig Minuten auf der Havelufer-Chaussee nach Morlaake; hinter dem Restaurant den neuen Weg hinauf (rechts der Chaussee), der uns in zehn Minuten nach Nikolskoe mit der russischen Peter Paulskirche bringt. Von hier ist bei klarem Wetter die Aussicht auf die prächtige Havellandschaft mit der Pfaueninsel weit und schön. Hinter der Kirche, beim Schulhause, folgen wir halbrechts dem schönen Wege nach Stolpe durch das wellige Gelände der Stolper Berge eine halbe Stunde lang bis zur Chaussee; auf dieser links wieder in einer guten halben Stunde nach Bahnhof Wannsee zurück.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom 25. Februar.

Der Vorsteher **Michelet** eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr. Er widmet dem verstorbenen Bürgerdeputierten Dr. Bolle einen kurzen Nachruf.

Vorstehersteilvertreter **Cassel** (a. L.) berichtet über den einem Ausschusse zur Vorberatung überwiesenen Antrag Ladewig und Genossen betreffend die Erbauung einer Stadtbibliothek. An den Beratungen des Ausschusses hat Stadtbibliothekar Dr. Buchholz teilgenommen und eine Reihe von Auskünften über die Stadtbibliothek und deren Weiterführung gegeben.

Der Ausschuß schlägt der Versammlung vor: den Magistrat zu ersuchen, schleunigst ein Projekt bezüglich Erbauung einer Stadtbibliothek vorzulegen und die Stadtbibliothek nebst Lesesaal von morgens 10 bis abends 10 Uhr offen zu halten.

Der Ausschußantrag wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt der Bericht des Stadtv. **Jacobi** (a. L.) über die Beratungen des Ausschusses, an den die Magistratsvorlage betreffend die **Wiederherstellung des alten Tarifs in den Markthallen** X, XI und XIII überwiesen worden war.

Im Ausschusse ist auch die wirtschaftliche Lage der Markthallen im allgemeinen und die Frage erörtert worden, was zur Hebung des städtischen Markthallenwesens zu tun sei. Während sieben Markthallen einen Ueberschuß liefern, müssen bei acht erhebliche Zuschüsse geleistet werden. Im Ausschusse war man der Meinung, daß die nicht rentierenden Markthallen geschlossen werden sollten, und daß, wenn man glaube, die Markthallen erhalten zu sollen, man zu deren Hebung große Aufwendungen werde machen müssen.

Der Ausschuß empfiehlt:

Die Versammlung möge sich mit dem Magistratsantrage einverstanden erklären und gleichzeitig den Magistrat ersuchen, mit ihr in gemischter Deputation darüber zu verhandeln, welche Schritte zu tun sind, um das Unternehmen der städtischen Markthallen für die Stadtgemeinde günstiger zu gestalten.

Die Versammlung stimmt dem Ausschußantrag zu.

Stadtv. **Liebenow** (a. L.) berichtet namens des Ausschusses über die Vorlage betreffend die Erhöhung der Diätensätze der Hilfskräfte.

Der Ausschuß hat die einzelnen Positionen der Magistratsvorlage in eingehenden Erörterungen durchberaten und an einzelnen Nummern kleine Veränderungen vorgenommen. Der Ausschuß ersucht die Versammlung um ihre Zustimmung zu seinen Beschlüssen.

Der Antrag des Ausschusses wird en bloc angenommen.

Ueber die Frage betreffend das Scheunenviertel, die einem Ausschusse überwiesen worden war, berichtet Stadtv. **Barth** (a. L.)

Die Schlußanträge des Ausschusses gehen dahin:

Die Scheunenviertelkommission wird ermächtigt, die Veräußerung des Baugeländes des Scheunenviertels selbständig vorzunehmen mit folgenden Maßgaben: 1. Der Verkauf ist öffentlich auszuschreiben. 2. Für den Gesamtverkauf wird ein Mindestpreis von acht Millionen Mark festgesetzt. 3. Für den Einzelverkauf soll die Bewertung der Parzellen bei von der Kommission aufgestellten Aufteilungsplanes maßgebend sein; jedoch ist die Kommission befugt, diesen Plan den Verkaufszwecken gemäß zu ändern und einen entsprechenden Ausgleich in den Preisen vorzunehmen. 4. Es bleibt der Kommission überlassen, die Verkaufsbedingungen unter möglichster Anlehnung an die bei der Grundeigentumsdeputation üblichen Bestimmungen seitens der Kommission festzusetzen. 5. Der Zuschlag erfolgt durch Gemeindebeschluß.

Der Ausschußantrag wird angenommen.

Die Vorlage betreffend Neubau eines Wohngebäudes für sieben Familien, einer Stallanlage usw. bei der Zentrale in Buch war an den Ausschuß zur Richtigstellung des Protokolls zurückgegeben worden. Namens des Ausschusses empfiehlt Stadtv. **Liebeherr** (fr. Fr.) wiederum, die Magistratsvorlage abzulehnen und den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, in der die Wohngebäude und Wirtschaftsgebäude getrennt gehalten werden.

Vom Stadtv. **Sachs** (a. L.) liegt hierzu ein Antrag vor, wonach bei Vorlegung der spezifizierten Projekte eine erhebliche Verringerung der Baukosten bewirkt werden soll und außerdem um eine Vorlage ersucht wird, in der einmal die Trennung und ein andermal die Vereinigung der Wohn- und Wirtschaftsgebäude vorgesehen wird.

Nach kurzer Debatte, an der sich Stadtbaurat Hoffmann und die Stadtvv. Sachs, Borgmann (soz.), Cremer (a. L.) beteiligen, wird der Antrag Sachs angenommen.

Nach einem Referat des Stadtv. Landsberg (a. L.) erklärt sich die Versammlung mit der vorgeschlagenen Festsetzung von Fluchtlinien für das Gelände der städtischen Gasanstalt an der Sellerstraße einverstanden.

Stadtv. **Liebenow** (a. L.) berichtet über die Vorlage betreffend Einstellung erhöhter und neuer Zuwendungen für Vereine und Anstalten in den Etat.

Der Ausschuß empfiehlt die sämtlichen Vorschläge des Magistrats zur Annahme. Für den Verein „Säuglingskrankenhaus“ sollen nicht, wie beantragt, 1500 Mark, sondern 2000 Mark eingestellt und dem Berliner Waldschutzverein wie bisher 100 Mark (statt beantragter 3000 Mark) bewilligt werden. Die geforderte Beihilfe von 5000 Mark für den Gemeinnützigen Verein für Rechtsauskunft empfiehlt der Ausschuß abzulehnen, dagegen beantragt er, den Jahresbeitrag für den Freiwilligen Erziehungsbeirat für schulentlassene Waisen von 3000 Mark auf 5000 Mark, den jährlichen Zuschuß für die Elisabeth-Stiftung für Witwen und Waisen unbesoldeter Kommunalbeamten von 10,000 Mark auf 15,000 Mark zu erhöhen und dem Berliner Asylverein für Obdachlose eine außerordentliche Beihilfe von 18,000 Mark zu bewilligen.

Stadtv. Dr. **Friedemann** (soz.-fortschr.) begründet einen Antrag seiner Freunde auf Wiederherstellung der Magistratsvorlage bezüglich der Beihilfe zu den Rechtsauskunftsstellen. Diese Institutionen entsprächen einem öffentlichen, sozialen Bedürfnis. Es liege deshalb kein Grund vor, die Unterstützung des Vereins für Rechtsauskunft abzulehnen.

Stadtv. **Cassel** (a. L.) unterstützt für seine Person den Antrag des Vorredners. Er spricht ferner für eine Erhöhung der Zuwendung für den „Verein für das Wohl der schulentlassenen Jugend“. Dieser Verein enthalte Haushaltungsschulen, die sehr nützlich wirken.

Der Antrag Friedemann wird angenommen, im übrigen gelangen die Ausschußanträge zur Annahme.

Eine Vorlage betrifft die Festsetzung der Schlacht- und Schaugebühren vom 1. April 1909 ab.

Die Vorlage wird angenommen.

Es folgt die umfangreiche Vorlage betreffend die

Neugestaltung des Berliner Rettungswesens.

Der Magistrat sucht die Zustimmung der Versammlung dazu nach, daß

1. mit dem Aerztevereinen des Berliner Rettungswesens, dem Kuratorium der Unfallstationen und den Sanitätswachen Verträge abgeschlossen werden, inhalts deren diese sich auf drei Jahre verpflichten, unter Kontrolle der Stadt nach einem einheitlichen, vom Magistrat zu genehmigenden Plane behufs Gewährleistung erster ärztlicher Hilfe an die Bürgerschaft Stationen zu unterhalten, und zwar der Aerzteverein in sechs Hilfsstellen (zwei Wollwachen und vier Halbwachen), das Kuratorium der Unfallstationen in elf Hilfsstellen (vier Wollstationen und sieben Tagesstationen) und die Sanitätswachen in elf der ihnen gehörigen nächtlichen Hilfsstellen,

2. dem Aerzteverein ein Zuschuß bis 60,000 Mark jährlich, den Unfallstationen bis jährlich 75,000 Mark und den Sanitätswachen bis jährlich 36,000 Mark bewilligt wird,

3. über das gesamte Rettungswesen durch den Magistrat eine ärztliche und finanzielle Kontrolle ausgeübt wird.

In den 16 Feuerwachen soll je eine fahrbare Tragbahre aufgestellt sowie dem Aerzteverein für die Kosten der Verlegung und Erneuerung von Wachen ein Zuschuß von 3700 Mark gewährt werden.

Stadtv. **Cohnzer** (soz.) begründet einen Antrag seiner Freunde auf Verweisung der Vorlage an einen Ausschuß. Er bringt verschiedene Bedenken gegen die Vorlage zum Ausdruck. Die Vorlage verrate einen Mangel an Verwaltungstechnischer Sachkenntnis. Die Macht der Aerzte werde dabei weiterhin gestärkt. Die Berufsgenossenschaft komme nach wie vor auf ihre Rechnung, nur daß man ihr einen gewaltigen Teil der Kosten abnimmt. Die Vorlage stelle ein Kompromiß dar, aber es ist noch gar nicht sicher, daß die daran interessierten Parteien draußen mit diesem Kompromiß einverstanden sind. Bei den Aerzten scheint das beispielsweise nicht der Fall zu sein. Die Bedürfnisse der Krankenkassen sind nicht berücksichtigt worden. Meine Freunde wünschen deshalb, die Vorlage eingehend im Ausschuß durchzuberaten und ihre großen Mängel zu beseitigen.

Bürgermeister Dr. Reicke: Ich stehe auf einem anderen Standpunkt als der Vorredner. Ich habe es nicht mit meinem Gewissen vereinbaren können, mit den bestehenden Institutionen einfach Schicht zu machen und etwas Neues zu schaffen. Gewiß sind manche nicht erheblichen Mängel vorgekommen, aber im allgemeinen funktioniert das Bestehende gut. Es heißt verschwenderisch umgehen mit unserem Bürgerschaftsgut, mit Zeit, Arbeitskraft und Geld unserer Bürger, wenn man dieses Gut mit einem Strich aufschaltet und den Mohr, der seine Schuldigkeit getan hat, gehen läßt. Eine gut geleitete private Institution arbeitet freier, unbefangener und besser, als wenn sie durch tausend amtliche Kanteln eingeengt wird. An den bestehenden Institutionen des Rettungswesens hängt aber ein gut Teil lebendiger Hilfsbereitschaft des Bürgertums, auf die man nicht ohne weiteres verzichten sollte. Der Redner erläutert dann die einzelnen Vorschläge des Magistrats. Hinter der Vorlage steht eine Fülle von Verhandlungen und Revisionen. Es ist mir ganz neu, daß das, was wir hier vorgelegt haben, nicht den Wünschen der beteiligten Parteien entsprechen sollte. Ich sehe in der Vorlage den großen Vorteil der Vereinheitlichung und der städtischen Kontrolle. Wir erzielen damit ein einfacheres, übersichtlicheres, gleichmäßigeres Verfahren. Deshalb bitte ich Sie, der Vorlage zuzustimmen.

Stadtv. Dr. **Langerhans** (a. L.) erklärt sich für Ausschußberatung und nimmt in längeren Ausführungen die Unfallstationen in Schutz gegen die ihnen gemachten Vorwürfe. Der Redner geht dann auf einige seiner Meinung nach reformbedürftigen Bestimmungen der Vorlage ein, die in der Ausschußberatung verbessert werden könnten. Die Schaffung eines städtischen Medizinalrats werde sich schließlich nicht umgehen lassen.

Stadtv. **Barth** (a. L.): Der größte Teil meiner Freunde steht auf dem Boden der Vorlage. Wenn wir trotzdem für die Ausschußberatung eintreten, so geschieht dies, weil wir verschiedene kleine Verbesserungen vornehmen wollen. Da die Sache eilt, bitte ich, den Ausschuß sofort zu ernennen.

Stadtv. Dr. **Weyl** (soz.) widerspricht dem Lob, das der Stadtv. Dr. Langerhans den Unfallstationen gezollt hat. Die bekannte Affäre bei der Behandlung der von dem Messerstecher verwundeten Frau in der Unfallstation zeige wie es damit bestellt sei. Die Vorlage atme den Geist bureaukratischer Pedanterie, das Publikum hat von der neuen Regelung nicht mehr wie bisher. Der Vorstand des Aerztevereins für das Berliner Rettungswesen erklärte durch seinen (des Redners) Mund, daß dieser von

den Vereinbarungen, die die Vorlage enthalte, nichts wisse

und darauf nimmermehr eingehen werde. (Hört!) Das Rettungswesen müsse, ebenso wie die Feuerwehr, behördlich und einheitlich geregelt werden.

Bürgermeister Dr. Reicke: Die von dem Vorredner abgegebene Erklärung des Aerztevereins hat mich außerordentlich überrascht. Die Herren haben immer mit uns verhandelt bis zur Einigung. Ich würde es geradezu für unfair von den Herren halten, wenn sie jetzt, nachdem alles unter ihrer Mitwirkung vereinbart worden ist, diese Vereinbarungen ablehnen wollen. Hier kann nur irgendein Mißverständnis vorliegen.

Nach weiterer Debatte, an der sich die Stadtv. Rosenow (n. L.), Dr Ritter (fr. Fr.) und Dr. Landau (a. L.) beteiligen, wird die Vorlage einem Ausschuß von 15 Personen überwiesen. Vorsitzender dieses Ausschusses wird Stadtv. Sachs (a. L.), Stellvertreter Dr. Weyl (soz.)

Schluß der Sitzung 9 3/4 Uhr.

Eis und Hochwasser in der Altmark.

Wittenberge, 25. Februar.

Die Eisbrecher auf der Elbe arbeiteten gestern abend oberhalb Werben bei Kilometer 426. Der leitende Regierungsbaumeister Liese brahtete: Der Erfolg ist sehr gering. In einem Briefe aus Osterburg in dem überschwemmten Gebiet heißt es: „Welch immense Kraft das Eis und das Hochwasser besitzen, habe ich mit eigenen Augen gesehen. Die Eisenbahnschienen bei Werben, die bis zum Hafen hinunterführen, waren wie Streichhölzer zerbrochen. Die großen Haken und Schrauben, mit denen sie an die Eisenbahnschwellen befestigt werden, waren ausgerissen, als wenn es Reißstifte gewesen wären. Wie schon wiederholt betont, macht es große Schwierigkeiten, die Leichen der während der Ueberschwemmungstage Gestorbenen zu bestatten. In Gerst-Gottberg befindet sich in einem Hause seit zehn Tagen die eingesargte Leiche einer reichen Frau. Bis gestern abend war es unmöglich, sie zu bestatten. Erst heute wurde die Tote nach dem Wittenberger Friedhof gebracht. „Die Seehauser bitten um weitere Kleidungsstücke, namentlich um warmes Schuhzeug für Frauen und Kinder. Täglich laufen in Wittenberge Sendungen zur Weiterbeförderung an die Ueberschwemmten ein, aber das Verteilen der Liebesgaben ist sehr schwierig, teilweise sogar unmöglich. Es fehlt an kleinen Kähnen, um überall hingelangen zu können. Die Pionierpontons haben zu großen Tiefgang. Mit dem Wittenberger Hilfscomité konferierten der Landrat v. Graevenitz, mehrere Ortsvorsteher und Deichhauptmann Behrend. Es wurde beschlossen das hier in Wittenberge untergebrachte Vieh nach den Priegnitzer Dörfern zu bringen, weil in Wittenberge Futtermangel eintritt.

Leider haben sich auch in den überschwemmten Gebieten „Hyänen des Schlachtfeldes“ eingefunden, die die verlassenen Gehöfte nach Lebensmitteln, Kleidungsstücken, wertvollerem Mobiliar usw. skrupellos abluchen, die Beute auf ihre Kähnen verpacken und davonfahren. Die Sicherheitsmannschaften sind in den letzten Tagen durch Gendarmerie und Polizei verstärkt worden. Alle zu Fuß oder in Kähnen angetroffenen Personen, müssen sich den Sicherheitsorganen gegenüber ausweisen. Die Insassen der zahlreichen Kähne, die anscheinend auf Plünderung ausgehen, gebrauchen auch, wenn sie in der Nähe der Gehöfte erwischt werden, die Ausrede, sie hätten Hilferufe gehört und wären zur Rettung gekommen. Da ihnen das Gegenteil nicht nachgewiesen werden kann, haben sie leichtes Spiel.

Das Hilfswerk.

Das unter dem Protektorat des Kronprinzen stehende Comité für die durch Hochwasser betroffenen Hilfsbedürftigen teilt mit, daß in Hannover der Provinzialverein vom Roten Kreuz gemeinschaftlich mit dem Provinzialverband der Vaterländischen Frauenvereine ein Hannoversches Provinzialcomité gebildet und daß dieses sich dem Berliner Zentralcomité angeschlossen hat. An Spenden gingen unter anderem ein vom Bankhaus Delbrück, Leo u. Cie. 5000 Mark, vom Verlagsbuchhändler Rudolf Mosse 1000 Mark, vom Verlagsbuchhändler Emil Mosse 1000 Mark, von Major v. Estorff 100 Mark. Gaben an Material und Sachen nimmt das Rote Kreuz, Berlin, Königgrätzerstraße 6 entgegen. Das Bureau des Hilfscomités befindet sich Berlin NW., Alsenstraße 10.

Lokales.

Eine knifflige Frage.

Der Monat Februar ist ein merkwürdiger Monat. Vielen Menschen bereitet er große Freude, nicht nur weil er der Fastnachtsmonat, sondern auch weil er der kürzeste seiner Kollegen ist, so daß Ultimo zwei oder drei Tage früher fällt als bei seinen übrigen Genossen. Aber der Februar hat auch seine Tücke; manchen Sterblichen macht er großes Kopfzerbrechen. Es sind dies alle die, die den „Vorzug“ haben, in einem Schaltjahr, also am 29. Februar geboren zu sein. Da aber der 29. Februar nur alle vier Jahre wiederkehrt, haben alle an diesem Tage Geborenen gegen „gewöhnliche“ Sterbliche den Nachteil, daß sie ihren Geburtstag eigentlich nur alle vier Jahre feiern können.

Wie sie dieses Manko ihren Mitmenschen gegenüber ausgleichen wollen, das ist lediglich ihre Sache. Geschehen könnte es entweder durch eine entsprechend vierfach erhöhte Feier des Tages im Schaltjahre oder durch deren Verlegung auf den Tag vor oder nach dem Schalttage. Auf die Wertschätzung des Individuums übt die vierjährige Hinausschiebung der Feier des wirklichen Geburtstages keine Wirkung. Anders wäre es dagegen im Geschäftsleben, wenn zum Beispiel ein unvorsichtig am 29. Februar 1908 ausgestellter Wechsel nach einem Jahre, also am 29. Februar 1909 eingelöst werden sollte, weil dieses Jahr keinen solchen Tag hat. Beim Rechtsstreit über die Sache würde richterliches Urteil wahrscheinlich auf Zahlung der Valuta zum 1. März lauten. Da wegen der Geburtstagsfeier aber jeder in der Lage ist, sein eigener Richter zu sein, darf er sich auch selbst das Urteil sprechen oder aber durch Abhaltung eines Familienrats den Tag der Feier feststellen lassen.

Beneidenswerter als die Schalttagskinder dürften manchem die Sonntagskinder erscheinen, deren Geburt zuweilen sogar freudig angezeigt wird. Sie sollen besonders helle Köpfe haben und vieles sehen, was den Augen der an anderen Tagen Geborenen verborgen bleibt, auch längere Zeit vorher wissen, ob im laufenden Jahre ein Familienglied stirbt usw. Viel wichtiger aber für Kinder als die Wahl eines Sonn- oder Schalttages zum Erscheinen im Leben ist sicher die Wahl, die sie hinsichtlich ihrer Eltern treffen. Je vorsichtiger sie darin waren, desto besser wird es für sie sein.